

Ä7 zu D1: Nur mit Grün!

Antragsteller*innen Frank Otto

Antragstext

In Zeile 1:

Dramatische Zeiten für die Demokratie. Jetzt braucht es Bündnisgrüne für eine demokratische Regierung. Die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen markieren eine Zäsur für unsere Demokratie. Die demokratischen Parteien stehen jetzt vor der schwierigen, teilweise unlösbaren Aufgabe, eine stabile und eine demokratische Regierung zu bilden. Die beiden Wahlen zeigen: Nur mit uns Bündnisgrünen gibt es eine stabile Regierung. Es Vor fast genau 35 Jahren läutete der Aufruf zum Neuen Forum mit der Überschrift "Aufbruch 89" die friedliche Revolution ein. Der Aufruf endete mit dem Satz "Die Zeit ist reif". Jetzt ist die Zeit wieder reif und braucht starke Bündnisgrüne, um Demokratie die damals errungene Demokratie mit einem respektvollen Umgang der demokratischen Parteien, Freiheit und sozialen Zusammenhalt zu verteidigen.

Begründung

erbibt sich aus der Änderung selbst; Bezug zu einer unserer Wurzeln; kann gern auch vom LaVo modifiziert werden.

Unterstützer*innen

Erdmute Scheufele, Stefan Brandes

Ä8 zu D1: Nur mit Grün!

Antragsteller*innen Martin Wandrey (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 10:

Nur mit uns werden alle ~~Krankenhäuser~~Krankenhausstandorte erhalten und ~~neue Gesundheitsstandorte geschaffen~~weiterentwickelt. Damit schaffen wir für alle Brandenburger*innen den Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung. Nur mit uns wird der Pakt für Pflege fortgeführt und ausgebaut. Damit Brandenburger*innen in Würde zuhause altern können. Nur mit uns steht in jeder Kommune Brandenburgs mindestens ein*e Gemeindegesundheitspfleger*in den Einwohner*innen zur Seite.

Begründung

Erhalt der Standorte, ggf. als ambulant-stationäre Zentren, o.ä., ist seit geraumer Zeit unsere Forderung. Der Erhalt aller Standorte als tatsächliche Krankenhäuser ist ein kühnes Versprechen.

Ä9 zu D1: Nur mit Grün!

Antragsteller*innen Martin Wandrey (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 10 löschen:

Nur mit uns werden alle Krankenhäuser erhalten und neue Gesundheitsstandorte geschaffen. Damit schaffen wir für alle Brandenburger*innen den Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung. Nur mit uns wird der Pakt für Pflege fortgeführt und ausgebaut. Damit Brandenburger*innen in Würde zuhause altern können. ~~Nur mit uns steht in jeder Kommune Brandenburgs mindestens ein*e Gemeindegesundheitspfleger*in den Einwohner*innen zur Seite.~~

Begründung

Forderung ist nicht im Wahlprogramm.

Bbei 413 Städten und Gemeinden im Land auch ein äußerst relevanter Kostenblock, den wir uns vorher definitiv genauer anschauen sollten.

Ä10 zu D1: Nur mit Grün!

Antragsteller*innen Tammo Westphal (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 18 einfügen:

Nur mit uns gibt es den Deutschland-Investitionsfonds zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Wir reformieren die sog. „Schuldenbremse“ und setzen dringend notwendige Investitionen in Kitas, Schulen, öffentlichem Nahverkehr, innere Sicherheit und Daseinsvorsorge um. Wir stehen für eine Politik, die in die Zukunft junger Menschen investiert!

Ä11 zu D1: Nur mit Grün!

Antragsteller*innen Tammo Westphal (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 18 einfügen:

Nur mit uns gibt es den Deutschland-Investitionsfonds zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Wir reformieren die sog. „Schuldenbremse“ und setzen dringend notwendige Investitionen in Kitas, Schulen, öffentlichem Nahverkehr, innere Sicherheit und Daseinsvorsorge um

8. Wir kämpfen für Ostdeutschland

Nur mit uns werden die Bedürfnisse der Menschen in Ostdeutschland endlich wieder in den Mittelpunkt gestellt. In der Tradition von Bündnis 90 kämpfen wir für gleiche Löhne, höhere Tarifbindung und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West.

Ä1 zu L1: Ja zum bezahlbaren Zuhause: 8 Punkte-Plan für Wohnraum in Brandenburg

Antragsteller*innen

Wiebke Bartelt (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 1 einfügen:

In Brandenburg werden bezahlbare Wohnungen knapp: die Anzahl der Sozialwohnungen hat in den letzten zehn Jahren dramatisch abgenommen. Laut Landesbauministerium sank die Anzahl an Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung von 53.107 im Jahr 2015 auf etwa 20.000 Einheiten heute. Außerdem sind immer mehr Menschen in Brandenburg von Wohnungslosigkeit bedroht.

Begründung

Wohnungslosigkeit wird für immer mehr Menschen, überall in Brandenburg zur Bedrohung. Daher gehört zur Frage des Wohnens zunehmend auch die Beseitigung von Wohnungslosigkeit zum Schwerpunkt machen. Von der Verhinderung, der Unterbringung bis zur Versorgung mit eigenem Wohnraum.

Ä2 zu L1: Ja zum bezahlbaren Zuhause: 8 Punkte-Plan für Wohnraum in Brandenburg

Antragsteller*innen

Wiebke Bartelt (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 5 einfügen:

Mit dem 8 Punkte-Plan wollen wir einer Wohnungsnot in Brandenburg entgegenwirken und den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für alle gewährleisten. Wohnungslosigkeit muss beseitigt werden.

Begründung

Die Aufgaben zur Unterbringung sind kommunal Landkreise und kreisfreie Städte müssen gemeinsam mit den Kommunen eine bedarfsgerechten Wohnungsnotfallplan erstellen. Die zentralen Voraussetzungen für die Kommunen und Kreis muss dabei das Land schaffen. Als Fahrplan soll der Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit für Brandenburg umgesetzt werden. Dazu muss Brandenburg die Beseitigung von Wohnungslosigkeit zum Schwerpunkt machen. Von der Verhinderung, der Unterbringung bis zur Versorgung mit eigenem Wohnraum.

Ä3 zu L1: Ja zum bezahlbaren Zuhause: 8 Punkte-Plan für Wohnraum in Brandenburg

Antragsteller*innen Wiebke Bartelt (KV Potsdam)

Antragstext

Nach Zeile 14 einfügen:

9. Wir erarbeiten eine Strategie zur Beseitigung der Wohnungslosigkeit im Land Brandenburg bis 2030: konkrete Schritten zur sofortigen Umsetzung unter Berücksichtigung des Nationalen Aktionsplans; Schaffung einer standardisierten Datengrundlage über Räumungsklagen, Zwangsräumungen, Präventionsangeboten und Unterbringungsplätzen im Land Brandenburg; Festlegung von verbindlichen Mindest-Standards der ordnungsrechtlichen Unterbringung

Begründung

Ein Leitantrag zu bezahlbarem Wohnen muss die sächlichen Voraussetzungen von ausreichend Wohnungen insbesondere im Bereich der Mietpreisgedämpften und Mietpreisgebundenen sozialen Wohnungsbaus in den Blick nehmen. Genauso müssen aber die sozialen Voraussetzungen zur Versorgung mit Wohnraum Beachtung finden. Unabhängig vom Wohnungsmarkt der einzelnen Regionen, steigen die Bedarfe an Beratung, Begleitung und Unterbringung von Wohnungsnotfällen in Brandenburg. Daher sollte der vorliegende Antrag um einen Punkt zur Vermeidung und zum Umgang mit Wohnungslosigkeit ergänzt werden. Für Brandenburg gibt keinen standardisierten Überblick über Räumungsklagen, Zwangsräumungen, Präventionsangebote und Unterbringungsplätze im Land. So werden zb. nicht erfasst die verdeckt Wohnungslosen und diejenigen Wohnungslosen Menschen, die auf der Straße leben. Gerade in den ländlichen Bereichen ist von einer hohen Dunkelziffer an verdeckt Wohnungslosen auszugehen.

- Genaue Daten zur Art und Anzahl der wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen sind die notwendige Grundlage zur bedarfsgerechten, gemeindenahen und schnellen Deckung der Bedarfe von

Wohnungsnothilfe-Fällen in den Kommunen und Kreisen.

Menschen müssen immer länger in Einrichtungen der Obdachlosen-Hilfe verbleiben. Das gilt insbesondere auch für Familien mit Kindern. Für die Unterbringung von wohnungslosen Menschen gibt es aber immer noch keine verbindlichen Mindeststandards bei der Ausstattung und Art der Unterbringung. Der Bund hat die Empfehlung von Standards beauftragt. Wenn diese in der nächsten Legislaturperiode ca. 2025 der Landesregierung vorliegen, wird diese aufgefordert, sich für eine Umsetzung der Empfehlungen auszusprechen.

- Eine qualitativ wirksame Überprüfung und Forderungen zur Angemessenheit von Unterbringungen durch das Land ist ohne Mindeststandards nicht möglich. Dazu müssen Anforderungen vom Land formuliert werden, die sich an Standards der sozialen Arbeit und Standards zur Ausstattung mit Wohnraum orientieren. Die Vorarbeiten dazu wurden in der aktuellen Legislaturperiode im MSGIV geschaffen. Nun müssen diese konsequent weitergeführt und umgesetzt werden.

Ä4 zu V1: Krankenhaus in deiner Nähe retten - Brandenburger Forderungen für die Krankenhausreform

Antragsteller*innen Axel Mertens (KV Potsdam)

Titel

Ändern in:

Ja zum Krankenhaus in Deiner Nähe - Brandenburger Forderungen für die Krankenhausreform

Antragstext

In Zeile 1:

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg setzt sich für eine ~~flächendeckende, umfassende,~~ hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung im ganzen Land ein. Wir wollen bestehende Strukturen ~~erhalten,~~ weiterentwickeln und endlich die starren Sektorengrenzen zwischen ambulanten Praxen und Krankenhäusern überwinden. Die derzeitigen Krankenhausstandorte sind dabei als Eckpfeiler unverzichtbar. Mit großer Sorge sehen wir die von der Bundesregierung verabschiedete Krankenhausreform insbesondere mit Konsequenzen für ländliche Räume mit dem Krankenhaus-Versorgungs-Verbesserungsgesetz von Gesundheitsminister Karl Lauterbach. Grundlage für die Reform müssen weiterhin die im Juli 2023 getroffenen Verabredungen zwischen Bund und Ländern sein.

Begründung

Es soll deutlich werden, dass nicht nur der Status quo konserviert werden soll, sondern dass wir das Versorgungssystem insgesamt weiterentwickeln wollen.

Ä5 zu V1: Krankenhaus in deiner Nähe retten - Brandenburger Forderungen für die Krankenhausreform

Antragsteller*innen Axel Mertens (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 8:

Entgegen der Vereinbarung vom Juli 2023 kommt zusätzlich ein System der ~~Mindestmengen~~ Mindestvorhaltezahlen dazu. ~~Auch im~~ Im aktuellen System gibt es bereits ~~Mindestmengen~~ die Mindestmengen des Gemeinsamen Bundesausschusses, die Auswirkungen sind also gut bekannt. Die überzogenen Anforderungen im Bereich der Frühchenversorgung bedrohen seit Jahren alle vier gut funktionierenden Standorte in Brandenburg, die momentan nur mit Ausnahmegenehmigungen der Krankenkassen für ihre wichtige Arbeit bezahlt werden. Was aktuell nur eine Nische der Versorgung betrifft, wird zukünftig ohne Steuerungsmöglichkeit des Landes ein breites Angebot der Versorgung gefährden. Außerdem können Mindestfallzahlen auch ~~Mindestmengen~~-falsche Anreize schaffen, unnötige Behandlungen durchzuführen, um die notwendige Schwelle zu erreichen.

Begründung

Die Unterschiede zwischen den im Rahmen der KH-Reform geplanten Mindestvorhaltezahlen, den bestehenden Mindestmengen und allgemein Mindestfallzahlen soll verdeutlicht werden

Ä6 zu V1: Krankenhaus in deiner Nähe retten - Brandenburger Forderungen für die Krankenhausreform

Antragsteller*innen Axel Mertens (KV Potsdam)

Antragstext

In Zeile 10:

Die starren Grenzen zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Praxen gibt es in Brandenburg erst seit 1990. Seit einigen Jahren versuchen zahlreiche Projekte im Land, wie das ambulant-stationäre Zentrum Templin, diese zu überwinden. Das ist vor allem in Zeiten unbesetzter Praxissitze der kassenärztlichen Vereinigung im berlin-fernen Raum elementar, um die Gesundheitsversorgung in der Fläche zu sichern. Der aktuelle Gesetzentwurf liefert nur unkonkrete Ideen, ohne den Ländern klare Instrumente wie die Übertragung von Kassensitzen an Gesundheitszentren zu ermöglichen. Zukünftig muss es ~~in~~ eine sektorenübergreifende ~~Planung~~Rahmenplanung der Gesundheitsversorgung durch die Länder geben.

Begründung

Die Gesundheitsversorgung kann künftig nicht mehr nach Sektoren getrennt betrachtet werden. Den Ländern sollte die Aufgabe zukommen, einen Rahmenplan für eine sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung vorzugeben, die optimal an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst ist.